

## Rechtsprechungsübersicht

### 1. Grundlagen zum Parteienrecht

BVerfG, Urteil vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13, in: NJW 2017, 611 ff. (Antrag auf Verbot der NPD nicht erfolgreich – NPD verfassungsfeindlich, jedoch fehlende Potentialität der Zielerreichung)

BVerwG, Urteil vom 13.09.2017 – 10 C 6.16, in: NWVBl 2018, 101 ff. (Rechtswidrigkeit der „Licht-Aus-Aktion“ des Düsseldorfer Oberbürgermeisters und des Aufrufs zur Teilnahme an einer Gegendemonstration)

BGH, Urteil vom 16.03.2017 – I ZR 13/16, in: NJW 2017, 3153 ff. (Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegen Behörde bei Verdacht einer indirekten Partei- oder Wahlkampffinanzierung)

BGH, Beschluss vom 11.05.2017 – I ZR 147/16, in: ZUM 2018, 50 f. (Verwendung von Musikwerken im Wahlkampf einer politischen Partei ist besonders geeignet, die Interessen der Urheber zu beeinträchtigen)

Oberster Gerichtshof Wien, Entscheidung vom 29.04.2017 – 6 Ob 62/17m, online veröffentlicht bei juris (Rechtsschutz in Österreich: Zur Wirksamkeit eines Parteiausschlusses wegen Beleidigung von Parteikollegen und -organen)

VGH Kassel, Beschluss vom 11.07.2017 – 8 B 1144/17, in: HGZ 2017, 289 ff. (Neutralitätspflicht für Facebook-Account des Oberbürgermeisters von Frankfurt)

VGH Kassel, Urteil vom 12.10.2017 – 4 A 626/17, online veröffentlicht bei juris (Waffengesetzliche Unzuverlässigkeit eines NPD-Kandidaten und -funktionärs)

OLG Köln, Beschluss vom 17.11.2017 – 1 W 17/17, online veröffentlicht bei juris (Beschwerde gegen Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen Verstoßes gegen eine den Parteinamen betreffende Verbotsverfügung)

LG Bonn, Beschluss vom 05.04.2017 – 10 O 384/16, nicht veröffentlicht (Festsetzung eines Ordnungsgeldes aufgrund des Verstoßes gegen die einen Parteinamen betreffende Verbotsverfügung)

LG Köln, Urteil vom 04.04.2017 – 31 O 44/17, online veröffentlicht bei juris (Anspruch auf Unterlassung der Benutzung der Kurzbezeichnung einer politischen Partei aufgrund einer Verwechslungsgefahr)

VG Berlin, Urteil vom 08.05.2017 – 2 K 69.16, online veröffentlicht bei juris (Anwendungsbereich des Informationsfreiheitsgesetzes wird nicht durch Parteiengesetz verdrängt)

VG Frankfurt, Beschluss vom 21.04.2017 – 7 L 3565/17.F, online veröffentlicht bei juris (Neutralitätspflicht für Facebook-Account des Oberbürgermeisters von Frankfurt)

VG Gelsenkirchen, Urteil vom 21.02.2017 – 14 K 2217/14, online veröffentlicht bei juris (Versammlungsverbot einer Veranstaltung der Partei "Die Rechte")

VG Köln, Beschluss vom 30.03.2017 – 4 L 750/17, online veröffentlicht bei juris (Untersagung von Äußerungen von kommunalen Mandatsträgern)

VG Köln, Beschluss vom 12.10.2017 – 4 L 4065/17, online veröffentlicht bei juris (Verstoß gegen Neutralitätspflicht durch Veröffentlichung von Äußerungen eines Bürgermeisters auf Internetseite)

### 2. Chancengleichheit

BVerfG, Beschluss vom 21.03.2017 – 2 BvQ 2/17, online veröffentlicht bei juris (Fehlen eines auf den Bundesverband einer politischen Partei eingetragenen Girokontos für sich genommen kein schwerer Nachteil)

VerfGH des Saarlandes, Beschluss vom 16.03.2017 – Lv 3/17, online veröffentlicht bei juris ( Zum Anspruch von Parteien auf Teilnahme an Fernsehsendungen vor einer Landtagswahl – „Elefantenrunde“)

VGH Mannheim, Beschluss vom 20.09.2017 – 1 S 2139/17, in: NVwZ-RR 2018, 174 ff. (Gebot der abgestuften Chancengleichheit gilt auch für Zulassung zu einer Podiumsdiskussion anlässlich der Bundestagswahl 2017)

- OVG Greifswald, Urteil vom 11.07.2017 – 1 LB 92/15, online veröffentlicht bei juris (Zum Anspruch einer politischen Partei auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis für das Anbringen von Wahlplakaten)
- OVG Münster, Beschluss vom 21.04.2017 – 5 B 467/17, online veröffentlicht bei juris (Zum Anspruch einer Partei auf Teilnahme an Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung)
- OVG des Saarlandes, Beschluss vom 13.03.2017 – 2 B 340/17, online veröffentlicht bei juris (Zum Anspruch von Parteien auf Teilnahme an Fernsehsendungen vor einer Landtagswahl – „Elefantenrunde“)
- OVG des Saarlandes, Beschluss vom 10.07.2017 – 2 B 554/17, in: NVwZ 2018, 183 f. (Überlassung von kommunalen Räumlichkeiten zur Durchführung einer Kandidatenaufstellungsversammlung der NPD)
- OVG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 13.09.2017 – 4 MB 52/17, online veröffentlicht bei juris (Ablehnung einer Sondernutzungserlaubnis für das Aufstellen von weiteren Wahlplakaten zur Bundestagswahl)
- VG Ansbach, Beschluss vom 07.09.2017 – AN 4 S 17.01868, online veröffentlicht bei juris (Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage bzgl. Widerruf der Zulassung der Nutzung einer städtischen Halle für eine Wahlkampfveranstaltung der AfD)
- VG Bayreuth, Beschluss vom 26.06.2017 – B 5 E 17.424, online veröffentlicht bei juris (Anspruch auf Zugang zu öffentlicher Einrichtung für die Durchführung einer politischen Veranstaltung)
- VG Düsseldorf, Beschluss vom 20.04.2017 – 20 L 1740/17, online veröffentlicht bei juris (Ablehnung des Antrags einer Partei auf Teilnahme an Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung)
- VG Gelsenkirchen, Beschluss vom 02.05.2017 – 14 L 1316/17, online veröffentlicht bei juris (Rechtswidrige Beseitigungsanordnung für Wahlplakat)
- VG Minden, Beschluss vom 14.03.2017 – 2 L 493/17, online veröffentlicht bei juris (Auskunftsanspruch einer politischen Partei zu Verfügbarkeit öffentlicher Räumlichkeiten im Rahmen des Landtagswahlkampfes)
- VG Minden, Beschluss vom 09.08.2017 – 2 L 1635/17, online veröffentlicht bei juris (Anspruch auf Überlassung der Aula einer Gesamtschule für eine parteipolitische Veranstaltung im Rahmen des Bundestagswahlkampfes)
- VG München, Beschluss vom 11.04.2017 – M 7 S 17.1453, online veröffentlicht bei juris (Widerruf der Überlassung von Räumlichkeiten an eine politische Partei)
- VG München, Beschluss vom 05.09.2017 – M 2 E 17.4006, online veröffentlicht bei juris (Ablehnung einer Sondernutzungserlaubnis für das Anbringen von Wahlplakaten im öffentlichen Straßenraum)
- VG Münster, Beschluss vom 11.05.2017 – 1 L 836/17, online veröffentlicht bei juris (Anspruch einer politischen Partei auf Zugang zu kommunalen Räumlichkeiten)
- VG des Saarlandes, Beschluss vom 24.02.2017 – 3 L 261/17, online veröffentlicht bei juris (Zum Anspruch von Parteien auf Teilnahme an Fernsehsendungen vor einer Landtagswahl – „Elefantenrunde“)
- VG des Saarlandes, Beschluss vom 06.07.2017 – 3 L 1108/17, nicht veröffentlicht (Überlassung von kommunalen Räumlichkeiten zur Durchführung einer Kandidatenaufstellungsversammlung der NPD)
- VG Schleswig, Beschluss vom 17.08.2017 – 3 B 110/17, online veröffentlicht bei juris (Ablehnung einer Sondernutzungserlaubnis für das Aufstellen von weiteren Wahlplakaten zur Bundestagswahl)
- VG Stuttgart, Beschluss vom 19.09.2017 – 9 K 14955/17, online veröffentlicht bei juris (Ablehnung eines Antrags auf Zulassung zu einer Podiumsdiskussion anlässlich der Bundestagswahl 2017)

### 3. Parteienfinanzierung

- BFH, Urteil vom 20.03.2017 – X R 55/14, in: DStRE 2017, 1162 ff. (Zuwendungen an kommunale Wählervereinigungen)
- VGH Kassel, Urteil vom 05.04.2017 – 8 C 459/17.N, in: NVwZ 2017, S. 886-889 (Teilhabe von Fraktionen verfassungsfeindlicher Parteien an Fraktionszuwendungen der Gemeinde)

OVG Münster, Urteil vom 17.02.2017 – 15 A 1676/15, in: KommJur 2017, 410 ff. (Rechtswidrigkeit eines Ratsbeschlusses über die Anpassung der Zuwendungen für die Ratsfraktionen)

VG Berlin, Urteil vom 21.09.2017 – VG 2 K 413.16, online veröffentlicht bei juris („Kauf kein' Scheiß [Gold] [bei der AfD], kauf GELD [bei uns]!“-Aktion der PARTEI führt weder zu Rückzahlung der staatlichen Parteienfinanzierung noch zu Strafzahlung)

#### 4. Parteien und Parlamentsrecht

VerfGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 03.07.2017 – 1 GR 35/17, online veröffentlicht bei juris (Organstreit eines Abgeordneten der AfD-Fraktion des Landtages Baden-Württemberg gegen Fraktionssanktionen – Ablehnung Befangenheitsantrag)

VerfGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 02.08.2017 – 1 GR 35/17, online veröffentlicht bei juris (Organstreit eines Abgeordneten der AfD-Fraktion des Landtages Baden-Württemberg gegen Fraktionssanktionen – Zurückweisung eines Antrages auf einstweilige Anordnung mangels Dringlichkeit)

VerfGH Baden-Württemberg, Urteil vom 27.10.2017 – 1 GR 35/17, online veröffentlicht bei juris (Organstreit eines Abgeordneten der AfD-Fraktion des Landtages Baden-Württemberg gegen Fraktionssanktionen)

OVG Münster, Urteil vom 14.09.2017 – 15 A 2785/15, online veröffentlicht bei juris (Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Ordnungsrufs gegenüber einem Ratsmitglied)

OLG Dresden, Urteil vom 09.05.2017 – 4 U 102/17, online veröffentlicht bei juris (Zuständigkeit der Zivilgerichte für Rechtsstreit zwischen zwei Landtagsfraktionen über die Zulässigkeit von Äußerungen in Informationsschriften zur Öffentlichkeitsarbeit)

VG Düsseldorf, Urteil vom 31.03.2017 – 1 K 15544/16, online veröffentlicht bei juris (Zur Sitzungsleitungsfunktion des Bürgermeisters bei der Verteilung von Redezeiten)

VG Düsseldorf, Urteil vom 20.10.2017 – 1 K 8645/16, online veröffentlicht bei juris (Fehlende Klagebefugnis für Feststellungsklage, welche die abstrakte Frage zum Gegenstand hat, ob eine als solche anerkannte Fraktion im Rat einer Gemeinde rechtsidentisch mit einer ursprünglich gegründeten Fraktion ist)

VG Düsseldorf, Urteil vom 20.10.2017 – 1 K 15366/17, online veröffentlicht bei juris (Ordnungsruf des Ratsvorsitzenden ist kein Instrument zur Ausschließung bestimmter inhaltlicher Positionen aus der Debatte)

VG Köln, Beschluss vom 09.02.2017 – 6 L 2426/16, online veröffentlicht bei juris (Anspruch auf Zugang zu abschließenden Prüfungsmitteilungen des Bundesrechnungshofes betreffend Fraktionen)

#### 5. Parteien und Wahlrecht

BVerfG, Beschluss vom 19.09.2017 – 2 BvC 46/14, online veröffentlicht bei juris (Wahlprüfungsbeschwerde: Einführung einer Eventualstimme ist verfassungsrechtlich nicht geboten)

BVerfG, Beschluss vom 15.08.2017 – 2 BvC 67/14, online veröffentlicht bei juris (Unzulässigkeit eines Befangenheitsantrages im Wahlprüfungsverfahren gegen Richter am BVerfG)

BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 1/17, online veröffentlicht bei juris (Nichtanerkennungsbeschwerde: Fehlendes Rechtsschutzinteresse wegen Versäumnis fristgerechter Einreichung von Kreiswahlvorschlägen oder Landeslisten)

BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 2/17, in: NVwZ 2017, 1450 ff. (Nichtanerkennungsbeschwerde: Fehlende Parteieigenschaft einer Vereinigung, die nach Organisationsgrad und Aktivitäten zur Einflussnahme auf politische Willensbildung nicht imstande ist)

BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 3/17, online veröffentlicht bei juris (Nichtanerkennungsbeschwerde: Fehlender Nachweis der Beschlussfassung eines Parteitags über das vorgelegte Parteiprogramm)

BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 4/17, online veröffentlicht bei juris (Nichtanerkennungsbeschwerde: Fehlende Beschwerdebegründung)

- BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 5/17, online veröffentlicht bei juris (Nichtanerkennungsbeschwerde: Verspätete Wahlbeteiligungsanzeige beim Bundeswahlleiter)
- BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 6/17, online veröffentlicht bei juris (Nichtanerkennungsbeschwerde: Nichteinhaltung der Schriftform bei Einreichung per E-Mail)
- BVerfG, Beschluss vom 25.07.2017 – 2 BvC 7/17, online veröffentlicht bei juris (Nichtanerkennungsbeschwerde: Unzulässigkeit wegen Nichteinhaltung der Beschwerdefrist)
- BVerfG, Kammerbeschluss (ohne Begründung) vom 06.06.2017 – 2 BvR 417/17, online veröffentlicht bei juris (Wählbarkeit der CDU bei Bundestagswahlen in Bayern)
- VerfGH Berlin, Beschluss vom 08.03.2017 – 160/16, in: NVwZ-RR 2017, 633 ff. (Wahlprüfungsverfahren: Wahl der Mitglieder einer Bezirksverordnetenversammlungen nach Höchstzahlverfahren d'Hondt zulässig)
- HVerfG, Urteil vom 23.01.2017 – 8/15, in: NordÖR 2017, 271 ff. („Scheinkandidatur“ eines Wahlbewerbers begründet keinen beachtlichen Wahlfehler)
- VerfGH NRW, Beschluss vom 27.06.2017 – 13/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel: Zur ordnungsgemäßen Vertretung im Organstreitverfahren)
- VerfGH NRW, Beschluss vom 27.06.2017 – 14/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel: kommunale Wählervereinigungen im landesrechtlichen Organstreit nicht beteiligtenfähig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 9/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 11/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 15/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 16/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 17/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 18/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerfGH NRW, Urteil vom 21.11.2017 – 21/16, online veröffentlicht bei juris (Verfassungsunmittelbare Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig)
- VerwGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 15.08.2017 – 1 S 1367/17, online veröffentlicht bei juris (Wahlbeeinflussung durch Wahlwerbung am Wahllokal)
- VerwGH Baden-Württemberg, Urteil vom 21.07.2017 – 1 S 1240/16, in: VBIBW 2018, 63 ff. (Zulässigkeit der Absenkung des aktiven Wahlalters für Kommunalwahlen in Baden-Württemberg auf 16 Jahre)
- OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 17.10.2017 – 4 L 88/16, online veröffentlicht bei juris (Anforderungen an politische Parteien für die Bestimmung der Bewerber für Kommunalwahl)
- OLG Saarbrücken, Urteil vom 12.07.2017 – 1 U 80/17, online veröffentlicht bei juris (Ungültige Kandidatenliste zur Bundestagswahl wegen Aufstellung durch unzuständiges Gremium)
- LG Saarbrücken, Urteil vom 01.06.2017 – 15 O 78/17, online veröffentlicht bei juris (Verletzung individueller Rechte des Parteimitglieds durch Entscheidung eines unzuständigen Gremiums über die Landesliste)
- VG Hannover, Urteil vom 21.06.2017 – 1 A 454/17, online veröffentlicht bei juris (Wahlrechtliche Spezialregelung in § 52b NKWG gilt auch für Frist zur Erhebung einer verwaltungsgerichtlichen Wahlprüfungsklage)
- VG Karlsruhe, Urteil vom 13.04.2017 – 10 K 6725/16, online veröffentlicht bei juris (Wahlbeeinflussung durch Wahlwerbung am Wahllokal)